

# Sozialismus.de

Heft 9-2026 | EUR 9,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



**Robert Hinke: Gewerkschaftliche Repräsentationskrise**  
**Knut Lambertin: GKV-Beiträge belasten die Beschäftigten**

**Beiträge u.a. von**  
**Isa Stolz, Ulrike Eifler,**  
**Arno Gottschalk, Alban Werner,**  
**Heinz Bierbaum/Michael Brie,**  
**Michael Heine/Hansiörg Herr**



Diesen Artikel stellen wir ohne Berechnung zum Kennenlernen und für die Bildungsarbeit zur Verfügung. Das Publikationsprojekt, zu dem die Website [www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de) mit aktuellen Analysen gehört, braucht dringend Unterstützung, also neue Abonnent\*innen und **Spenden**. Beides ist auf der Website möglich. Vielen Dank im voraus!

# Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion  
zwischen den monatlichen  
Printausgaben im Netz auf  
**www.Sozialismus.de**

## Trumps Zollstreit mit Kanada

Der US-Präsident liebt Zölle. Solche in Höhe von 50% gegen Waren aus Kanada sollen erneut nun helfen, die negative Handelsbilanz der USA zu sanieren. Die Handelsgespräche zwischen den USA und Kanada sind gescheitert, von den neuen Zöllen sind etwa Hockeyschläger, Möbel und Milchprodukte betroffen. [...]

## USA scheitern im Iran-Krieg trotz VAE-Embargo

Im Iran-Krieg haben die USA (und Israel) nicht nur ihre ursprünglichen Ziele für die militärische Intervention aufgegeben, auch die in einem Rahmenabkommen vereinbarte Waffenruhe ist verstrichen, ohne dass es zu einer Anschlussregelung gekommen ist. [...]

## Spanien: Erfolgreiche Wirtschaftspolitik

Spanien zeigt, dass progressive Wirtschaftspolitik Erfolge beschert: Statt auf Budgetkonsolidierung setzte die Regierung auf eine mutige Mindestlohnpolitik, öffentliche Investitionen und stabiles Staatsausgabewachstum, progressive Arbeitsmarktreformen und gezielte Markteingriffe gegen die Teuerung. [...]

## Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und Leser:innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter  
**www.Sozialismus.de**

## Heißer Herbst in der Republik

Redaktion Sozialismus.de: Gegen das »Flachzangen-Regime« der sogenannten Altparteien. Die AfD greift nach der politischen Macht ..... 2

Paul Wellsow: Schrei vor Glück? Online-Modehändler-Zalando schließt den Standort Erfurt, 2.700 Jobs fallen weg ..... 5

Claus-Jürgen Göpfert: Die Angst geht um in Zwickau. Der Kampf gegen die drohende Schließung des VW-Werkes und für den Erhalt der Demokratie ..... 8

Wolfgang Müller: VW-Konzernchef Blume, die Konkurrenz aus China und die Profitraten. Was dem Autosektor wirklich helfen würde ..... 12

Arno Gottschalk: Die Legende von der Kapitalrente als Wachstumsmotor Eine Antwort auf Jens Südekum und Katherina Reiche ..... 17

Björn Radke: Klima- und Hitzeschutz ohne Plan! ..... 21

## Wie stellt sich Die Linke auf?

Alban Werner: Zu welchem Ende gibt sich Die Linke ein Parteiprogramm? Einordnung, Anforderungen, Widersprüche und gesellschaftliches Umfeld ..... 24

Heinz Bierbaum/Michael Brie: Strategische Neuorientierung der Partei Die Linke ..... 29

## Sackgassen

Joachim Bischoff: »Schuldenkönig Donald Trump Erstmals steigt die Staatsverschuldung auf eine 40 mit zwölf Nullen ..... 33

Michael Heine/Hansjörg Herr: Europa auf der schiefen Ebene An einer weitergehenden Integration führt kein Weg vorbei ..... 38

## Forum Gewerkschaften

Robert Hinke: Gewerkschaften in der Repräsentationskrise ..... 42

Knut Lambertin: GKV-Beiträge: Belastet werden wieder die Beschäftigten .... 49

Ulrike Eifler: Ein Ort des Austauschs und der Kollektivität ..... 53

## Kapitalismuskritik | Buchbesprechung

Stephan Krüger: Finanzmarktkapitalismus als letztes Stadium?! ..... 55

Klaus Kohlmeyer: Das laute Berlin ..... 65

## Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum ..... 51

Veranstaltungshinweise ..... 68

Isa Stolz: Die Odyssee (Filmkritik) ..... 69

## Supplement

Klaus Bullan/Stephanie Odenwald:

### Die Wurzeln des Faschismus wirken« (Antonio Scurati)

Benito Mussolini und der italienische Faschismus – Scuratis dokumentarisches Romanprojekt

# Gegen das »Flachzangen-Regime« der sogenannten Altparteien

Die AfD greift nach der politischen Macht

Redaktion Sozialismus.de



Anfang September entscheiden die Bürger\*innen in Sachsen-Anhalt über einen neuen Landtag. In der Zivilgesellschaft wie auf dem politischen Terrain wächst die Sorge über eine mögliche Beschädigung des Fundamentes der Demokratie durch einen Wahlerfolg der AfD. Laut Umfragen liegt die AfD deutlich vor der CDU. Es ist nicht völlig auszuschließen, dass die AfD sogar die absolute Mehrheit der Sitze im Landtag erringt und das ostdeutsche Bundesland alleine regiert. Ein deutlicher Sieg der AfD dort würde die gesamte politische Architektur der Berliner Republik verändern, denn in vielen gesellschaftlichen Bereichen sind die Länder zuständig. Schon wenn man das AfD-Programm zur Bildungs-, Kultur- oder

Medienpolitik liest, wird der Angriff klar: Die angekündigten Eingriffe weisen den Weg in eine andere Republik; ihre Visionen haben umstürzlerischen Charakter. Die rechte Partei könnte den Schulalltag verändern, hätte die Verfügung über die Polizei, säße in der Innenministerkonferenz und hätte Zugriff auf die Justiz. Und die AfD will die Regionalkultur drastisch verändern.

Ulrich Siegmund, AfD-Spitzenkandidat in Sachsen-Anhalt, und die Parteichefs der AfD und ihrer Bundestagsfraktion, Alice Weidel und Tino Chrupalla, sehen diesen Einstieg in eine Veränderung der politischen Architektur der Berliner Republik: Sie plädieren offen für einen Systembruch. So attackiert Weidel die Bundesregierung und insbe-

sondere Kanzler Friedrich Merz (CDU) sowie Vizekanzler Lars Klingbeil (SPD) mit drastischen Worten: Sie »will nicht mehr angelogen werden von irgendwelchen Flachzangen, die da oben sitzen und irgendwas versprechen und genau das Gegenteil von dem tun«. Mit Blick auf die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin kündigt sie an: »Wir werden in den ersten Bundesländern regieren, und wir werden auch im Bund regieren.« Sie prophezeit, die CDU werde »keine einzige Bundestagswahl mehr gewinnen«, die AfD werde den Bürger\*innen zeigen, was sie könne.

Unter einer AfD-Regierung, verspricht sie, werde Deutschland die »Weichwährung Euro« und das Schen-



gener Abkommen verlassen. Sie stehe zu dem entsprechenden Satz im Bundeswahlprogramm. »Deutschland ging es deutlich besser vor der Euro-Einführung. Wir sehen eine breite Verarmung breiter arbeitender Bevölkerungsschichten.« Es sei klar, »dass wir keine Starkwährung mehr sind, sondern dass der Euro weich gemacht wird, und das mit allen Vermögensverlusten für die normale Bevölkerung«.

Diese ideologisch verzerrte Sicht auf die Berliner Republik und ihre Bürger\*innen hat mit der Wirklichkeit wenig gemein. Die wachsende soziale Spaltung, auf die hier eher indirekt mit der Formulierung von der »Verarmung breiter arbeitender Bevölkerungsschichten« verwiesen wird, dämmt man nicht ein mit einem Austritt aus EU und Schengenraum. Das Gegenteil ist der Fall. Um die real existierende soziale Schere zu schließen, den Sozialstaat zu festigen und die notwendige sozial-ökologische Transformation zu bewerkstelligen sind z.B. die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Reform der Erbschaftssteuer unverzichtbar. Davon hält die AfD nichts. Sie fordert im Gegenteil Steuersenkungen für Besserverdienende und Unternehmen. Auch die Polemik gegen Migrant\*innen ist vor dem Hintergrund, dass die Berliner Republik (und Europa) auf zuwandernde Fachkräfte angewiesen ist, eine wirklichkeitsfremde Einstellung und zudem menschenverachtend.

Weidel hält die von der Union propagierte Brandmauer gegen die AfD für »das Undemokratischste, was es gibt«, Leidtragende sei zu Recht die CDU, die »geht daran kaputt«. »Ich bin bereit, mit jedem zu arbeiten, solange er fähig ist und die Interessen in unserem Land im Auge hat. Aber ich lasse es nicht zu, dass die Menschen in unserem Land so dermaßen über den Tisch gezogen werden und angelogen werden wie von der CDU und von der SPD.«

Kritisiert wird zudem, dass Flüchtlinge aus Syrien auch nach Ende des Bürgerkrieges nicht zurückgeführt werden. »Uns wurde doch damals gesagt, wenn der Fluchtgrund entfällt, werden sie alle wieder zurückgeführt. Nichts dergleichen passiert.« In Deutschland lebten 1,3 Millionen Syrer\*innen. Un-

ter einer AfD-Regierung würden sie alle »zurückgeführt in ihre Heimat«. Deutschland müsse aufhören, »Menschen einzubürgern, die eigentlich unser Land verlassen müssen«. Dies ist im Wahlkampf in Sachsen-Anhalt ebenfalls bloße weltfremde Rhetorik, denn für die praktische Umsetzung einer Re-Migration und eines neuen Währungssystems reichen die Kompetenzen auf Länderebene nicht.

Gefährlicher ist die Leugnung des Klimawandels. Die diesjährige Hitze- welle mit Dürren und Waldbränden ist nach Auffassung des AfD-Oberen Tino Chrupalla kein gravierendes Problem: »Ach wo, das war doch ein ganz normaler Sommer«, man wolle nur »von den wirklichen Problemen in Deutschland ablenken«. Die Verwicklungen von AfD-Funktionären in Sachsen-Anhalt mit der »Heimattreuen Deutschen Jugend«? Alles nur »Jugendsünden« und »aus dem Kontext gerissen«, jeder habe eine zweite Chance verdient, auch Joschka Fischer sei ja »im Extremismus beheimatet« gewesen.

Und die unbelegten Behauptungen von Ulrich Siegmund, bei der Briefwahl in Pflegeheimen gehe es nicht mit rechten Dingen zu? Er könne Beispiele nennen, werde das aber nicht tun, schwurbelte Chrupalla in bester Donald-Trump-Manier im Fernseh-Sommerinterview. Für den Fall, dass die AfD die absolute Mehrheit in Sachsen-Anhalt verfehlt und niemand mit ihr reden will, ist also schon mal vorgesorgt.

Die rechtsextremistische Partei ist sich stets treu geblieben: Ressentiments gegen Minderheiten schüren, politische Gegner verächtlich machen, den Diskurs vergiften und das System von innen heraus auszuhöhlen. Ein Kreuzzug gegen die Moderne könnte sich auf Länderebene austoben. Die AfD-Bundesvorsitzenden propagierten in ARD und ZDF siegesgewiss die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks: Beide Fernsehanstalten und auch das Deutschlandradio würden Einseitigkeit, Indoktrination sowie Propaganda gegen die Partei verbreiten. Deshalb wird die komplette Abschaffung des Rundfunkbeitrags sowie die Kündigung der Rundfunk- und Medienstaatsverträge durch die Bundesländer gefordert, um die Sen-

der durch einen stark verkleinerten »Grundfunk« zu ersetzen.

Die Umwälzung von Kultur und Medien kann einfacher inszeniert werden als der Ausstieg aus dem Euro oder dem Schengenraum. Die rechte Polemik z.B. gegen das öffentliche Medienangebot oder gegen die Bauhaus-Kultur als »Irrweg der Moderne« ist zudem populärer.

## Deutsche Leitkultur statt »Multikulturalismus«

Das politische Angebot der AfD ist eindeutig deutsch-völkisch: Die deutsche Identität sei geprägt »durch unsere deutsche Sprache, unsere Werte, unsere Geschichte und unsere Kultur«. Letztere seien eng verbunden mit dem Christentum, der Aufklärung, »unseren« künstlerischen und wissenschaftlichen Werken. Die deutsche Identität bestimme die grundlegenden Werte, die von Generation zu Generation weitergegeben würden. Die deutsche Leitkultur beschreibe einen Wertekonsens, der »für unser Volk identitätsbildend ist und uns von anderen unterscheidet«. Sie Sorge für den Zusammenhalt der Gesellschaft und sei Voraussetzung für das Funktionieren des Staates. Die gemeinschaftsstiftende Wirkung der deutschen Kultur sei Fundament des Grundgesetzes und könne nicht durch den Verfassungspatriotismus ersetzt werden.

Die deutsche Kultur sei bedroht durch die vielen Fremden, die ins Land gekommen seien. Migration gehört deshalb zur DNA der AfD. Eine Mehrheit der Partei vertritt die Auffassung, dass Kulturrelativismus und Multikulturalismus in einem Neben- und Gegeneinander von Parallelgesellschaften mündet, denen es an gemeinsamen Werten für das Zusammenleben fehle. In einer derart fragmentierten Gesellschaft entstünden Konflikte, die kaum noch beherrschbar seien. Die AfD werde nicht zulassen, dass Deutschland aus falsch verstandener Toleranz vor dem Islam seine tradierte Kultur verliere.

Brauchtum wirke identitätsstiftend und gemeinschaftsbildend. Deshalb will die AfD dieses und die Mundarten pflegen, wozu lokale Kulturvereine einen wichtigen Beitrag leisten. Baudenkmäler und heimische Architektur würden Hei-

matgefühl und kulturelle Identität prägen. Die Schönheit historischer Innenstädte müsse bewahrt und bei Bedarf durch Rekonstruktionen wiederhergestellt werden. Zu diesem völkisch-nationalen Gesinnungsbrei gehört auch die Schönfärberei der deutschen Geschichte. Diese sei, heißt es von Rechtsaußen, in ihrer Gänze zu würdigen. Die offizielle Erinnerungskultur dürfe sich nicht nur auf die Tiefpunkte der Geschichte konzentrieren, sie müsse auch die Höhepunkte im Blick haben. Ein Volk ohne Nationalbewusstsein könne auf die Dauer nicht bestehen.

Die AfD will deshalb Schluss machen mit der »Schmähung des Deutschen Kaiserreichs«, das als rückständiger Unrechtsstaat diffamiert werde. Noch heute zehre die Bundesrepublik von dessen kulturellen, technologischen und wirtschaftlichen Errungenschaften. Die Rechtspartei wende sich deshalb gegen die zunehmend »aggressiven Versuche« einer ideologisch geprägten, moralisierenden Umdeutung der Geschichte, die sich an der Schleifung von Denkmälern und Umbenennung von Straßen festmache. Die »Aggressivität«, die sich mittlerweile gegen das Kaiserreich wie auch gegen die Denkmäler Bismarcks und der deutschen Kaiser richte, gelte der deutschen Nation an sich. Die Debatte um eine angeblich notwendige »Dekolonisierung« der deutschen Kultur, die mit einer Verteufelung des »weißen Mannes« einhergehe, würden das Selbstverständnis der hiesigen kulturellen Identität insgesamt infrage stellen.

Diese ideologisch aufgeblähte nationalistisch-völkische Deutschtümelei kann in Sachsen-Anhalt großen Schaden anrichten, wenn die politischen Mehrheiten das ermöglichen sollten. Provokationen und Versuche, politische Debatten nach rechts zu verschieben, gehören schon bisher zum festen Repertoire der AfD-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt. Auch deshalb stufte der Landesverfassungsschutz die AfD im Mai 2025 kurzzeitig als »gesichert rechtsextremistisch« ein.

Seit mehr als zehn Jahren hört man von Sachsen-Anhalts AfD immer wieder nationalistisch-völkische Töne, doch inzwischen haben diese Drohungen mit Blick auf die anstehenden Landtags-

wahlen im Herbst 2026 eine unerwartete Relevanz erhalten. Die AfD unter ihrem Spitzenpolitiker Siegmund will nicht nur stärkste Partei werden, sondern auch den Ministerpräsidenten stellen. Dann könnte eine »kulturpolitische Wende um 180 Grad«, die die AfD unter Siegmund propagiert, plötzlich sehr real werden.

## Widerstand formiert sich

Die AfD-Attacke auf das kulturelle Erbe des Bauhaus<sup>1</sup> haben die übrigen Weltkulturerbe-Stätten in Sachsen-Anhalt zum Anlass genommen, sich zusammenzuschließen, um ggf. zukünftig gemeinsam die Übergriffe der AfD abzuwehren. Aber auch politisch gibt es inzwischen Reaktionen. Sachsen-Anhalts Landesregierung, bestehend aus CDU, SPD und FDP, will noch ein Gesetz zur Kulturförderung durch den Landtag bringen. Bislang sind in dem Bundesland die Richtlinien zur Kulturförderung per Erlass geregelt. Es könnte also jede\*r zuständige Minister\*in diese Regeln einfach ändern. Deshalb blicken nicht nur Sachsen-Anhalts Künstler\*innen mit Beunruhigung auf die Landtagswahlen Anfang September, denn Kulturpolitik und Umdeutung der Geschichte haben – wie gezeigt – nicht zufällig eine große Bedeutung für den AfD-Landesverband.

Insofern mehrten sich die Stimmen, die fordern, dass die AfD niemals Teil einer Regierung sein dürfe, mit der sie in sehr kurzer Zeit vieles außer Kraft setzen kann, was bisher Grundbestandteil des gesellschaftlichen Konsenses in der Berliner Republik ist. Auf der Bundesebene sind täglich Beteuerungen vor allem aus der CDU zu hören, dass eine Zusammenarbeit mit der AfD tabu sei. Allerdings gibt es für die Bildung eines möglichen alternativen Regierungsbündnisses große Hindernisse, weil die CDU nicht mit der Partei Die Linke zusammenarbeiten will.

Auch an der Bundesregierung und den politischen Verhältnissen im Bund würden die Ergebnisse der Sachsen-Anhalt-Wahl nicht spurlos vorbeigehen. Deutliche Verluste für CDU, SPD und Grünen würden das politische Klima weiter vergiften und die Entfremdung

zwischen den Parteien und der Wahlbevölkerung befördern. Inhaltlich ist schon jetzt bei der schwarz-roten Koalition keine überzeugende Konzeption erkennbar, mit dem der drastische Vertrauensverlust bei den Wähler\*innen aufgefangen werden könnte. Die von der Regierung bereits beschlossenen Maßnahmen, etwa bei Krankenversicherung, Renten und (absehbar) Pflege, gehen eindeutig zulasten der Haushalte der Lohnabhängigen, und drohen den Abwärtstrend der SPD zu verstärken. Von diesen Vertrauensverlusten sind auch die Unionsparteien betroffen.

Ohne die selbstkritische Beseitigung der Vertrauensverluste seitens der parteipolitischen Akteure der Berliner Republik wird die Zurückdrängung der AfD auch anderswo nicht gelingen. Dies unterstellte nachhaltige Maßnahmen zur Eindämmung der sozialen Spaltung und eine spürbare Verbesserung der Lebenshaltungskosten für die große Mehrheit der Bevölkerung. Das ist auch der einzige Weg, die Janusköpfigkeit der rechtsextremen Parteien zu entlarven. Nach außen präsentieren sich rechtspopulistische Parteien als Sprachrohr besorgter Bürger\*innen, systemkritischer Demokrat\*innen und bürgerlicher Ordnungsparteien. Sie nutzen parlamentarische Instrumente und Medien professionell, um ihre Kritik an der politischen Entfremdung zu verdeutlichen. Hinter dieser Fassade steht eine völkisch-nationalistische Ideologie, bei deren praktischer Umsetzung die soziale Benachteiligung für die Mehrheit der Wähler\*innen der rechtspopulistischen Alternative noch verstärkt würde, denn die Institutionen des Rechts- und Sozialstaates werden nicht respektiert, sondern von innen heraus entwertet.

<sup>1</sup> Die AfD-Fraktion hat im Magdeburger Landtag das Bauhaus als »Irrweg der Moderne« in den Mittelpunkt ihrer Polemik gerückt, dessen unter anderem vom Bauhaus-Gründer Walter Gropius entworfenes Dessauer Gebäude 1996 in das UNESCO-Weltkulturerbe aufgenommen wurde und heute Sitz der 1994 gegründeten Stiftung Bauhaus Dessau ist. Die Ideen des Bauhauses würden »traditionellen und kulturell verankerten Vorstellungen von Wohn- und Lebensräumen« widersprechen. Ein »globaler Einheitsbrei« habe »lokale Identitäten« verdrängt. Der AfD-Politiker Hans-Thomas Tillschneider will Sachsen-Anhalt stattdessen zum »Sehnsuchtsort aller deutschen Patrioten« machen.

# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo ([www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).  
Ich möchte Buchprämie ☐ Russland ☐ Streik ☐ Luxemburg
- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).  
Ich möchte Buchprämie ☐ Russland ☐ Streik ☐ Luxemburg
- ☐ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- ☐ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

